

Kann das Wirtschaftsstrafrecht vom Völkerstrafrecht lernen?

Lutz Eidam*

Jens Bülte, Vorgesetztenverantwortlichkeit, Studien zum Wirtschaftsstrafrecht – Neue Folge
Band 1, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2015, ISBN 978-3-8487-1794-1, 198,- €

I. Das Wichtigste sei zunächst schon einmal vorangestellt: Bei der von *Dannecker* in Heidelberg betreuten Habilitationsschrift von *Jens Bülte* handelt es sich selbstverständlich nicht um eine rein völkerstrafrechtliche Arbeit, wie man bei einem flüchtigen Blick auf den Titel zunächst vermuten könnte (obgleich das entwickelte Konzept gewichtige Anleihen im Völkerstrafrecht nimmt). Der Verfasser benutzt die Begrifflichkeit der Vorgesetztenverantwortlichkeit vielmehr weiter und umfassender und bezieht sich dabei insbesondere auf die Verantwortlichkeit in Wirtschaftsunternehmen.

Das Strafrecht sei de lege lata nicht in der Lage, die Entscheidungs- und Lenkungsverantwortung von Vorgesetzten in Verbänden in einer Weise abzubilden, die einem rechtsstaatlichen Strafrecht entspreche (S. 43). Die diesbezüglichen Elemente in der Täterschafts- und der Unterlassensdogmatik befänden sich vielmehr in einer Art „Wildwuchs“ (S. 49). Als Lösungsweg stehe daher nur die Einführung einer gesetzlichen Regelung für die Vorgesetztenverantwortung offen (S. 44 und S. 49).

Wie kann, oder wie soll eine solche Lösung aber aussehen? Alle im deutschen Strafrecht enthaltenen Vorschriften zu einer Vorgesetztenverantwortlichkeit (etwa im Militär- oder im Pressestrafrecht) basieren auf mehr oder minder formalisierten Hierarchiestrukturen. Solch klare Hierarchien fehlen aber oftmals im allgemeinen Strafrecht wie auch im Wirtschaftsstrafrecht (Stichwort in Anlehnung an *Ulrich Beck*: organisierte Unverantwortlichkeit) (S. 45). Andererseits enthalte das Völkerstrafrecht durchaus wichtige Bausteine für eine Vorgesetztenverantwortlichkeit (S. 46). Verf. verfolgt in seiner Arbeit deshalb das Ziel, wesentliche Elemente des Völkerstrafrechts als Grundlegung für eine nationale Regelung fruchtbar zu machen (S. 47). Nur durch eine umfassende Erfassung von Vorgesetztenverantwortlichkeit in einer neu abzubildenden nationalen Regelung könne das Strafrecht im Gebiet des Wirtschaftslebens weg von einem Element zur Erfassung von „Elends- und Abenteuerkriminalität“ (*Schünemann*) entwickelt werden (S. 49). Positive Effekte erhofft sich Verf. dabei durchaus auch für die Europäische Ebene (S. 50).

II. Diese selbst auferlegte Agenda systematisiert Verf. anhand von drei Teilen, die das strukturelle Grundgerüst seiner Vorgehensweise abbilden. Das klingt sparsam, weshalb gleich an dieser Stelle dazuzusagen ist, dass sich die drei Teile der Arbeit über deutlich mehr als 900 Druckseiten erstrecken.

* Priv.-Doz. Dr. Lutz Eidam, LL.M., Universität Bielefeld.

1. Teil 1 untersucht zweierlei: Bereits vorhandene Instrumentarien im geltenden Strafrecht zur Vorgesetztenverantwortlichkeit werden zunächst abgebildet und überwiegend kritisch rekonstruiert. Der kritische Blick von Verf. hat dabei insb. das Verfassungsrecht vor Augen (S. 50 f.). Zuvor begibt sich Verf. aber noch – was der Thematik durchaus angemessen ist – ins Grundsätzliche, wenn er anhand von ganz grundlegenden Ausrichtungsmustern unserer allgemeinen Dogmatik (etwa dem Handlungsbegriff) aufzeigt, dass das deutsche Strafrecht eigentlich gar nicht auf die Erfassung von kollektivem Unrecht vorbereitet und ausgerichtet ist (S. 55 ff.).

Dieser grundsätzliche Malus (freilich für unsere heutigen Zeiten; in früherer Zeit dürfte man das anders gesehen haben) bestätige sich dann auch durch einen Blick auf die Mechanismen des Allgemeinen Teils (S. 95 ff.). An erster Stelle steht hier – ich bin geneigt zu sagen: fast schon traditionell – eine Erörterung des Instituts der mittelbaren Täterschaft kraft Organisationsherrschaft (S. 102 ff.), die in Theorie und Praxis ebenso umstritten wie beliebt ist. Dem voran macht Verf. allerdings keinen Hehl aus seinem grundsätzlichen Pessimismus gegenüber solchen (und ähnlichen) Figuren, wenn er einerseits zu verfassungsrechtlicher (soll heißen: gesetzlicher) Strenge mahnt, andererseits es aber bereits für gegeben hält, dass die §§ 25 ff. StGB zur Erfassung einer Beteiligung „von oben“ (eben einer Vorgesetztenverantwortlichkeit) nicht konzipiert sind (S. 99 f.). So verwundert es nicht, dass Verf., der bereits den Beginn allen Übels rund um die Organisationsherrschaft in einer gesetzgeberischen Unterlassung erblickt (S. 103), auch wenig für das Konzept übrig hat. Die Figur sei seit jeher (und bleibe) mit Zweifeln behaftet, hätte im Übrigen (im Fall ihrer Anerkennung) aber auch das Problem eines unzulänglichen Anwendungsbereichs (S. 126 f.).

Etwas positiver fällt das Fazit des Verf. hinsichtlich einer Vorgesetztenverantwortlichkeit aufgrund Unterlassens, der sog. Geschäftsherrenhaftung, aus (S. 127 ff.), deren Betrachtung sich an die Ausführungen zur mittelbaren Täterschaft anschließt. Das Problem einer Geschäftsherrenhaftung stelle sich jedoch nur hinsichtlich der Frage, ob Vorgesetzte in einem Betrieb Straftaten ihrer Mitarbeiter zu verhindern haben (sog. *Personalverantwortlichkeit*; S. 127). Dass Vorgesetzte für und aufgrund von Gefahren, die von ihren Betrieben ausgehen, nach den Grundsätzen des § 13 StGB einzustehen haben (sog. *Sachverantwortlichkeit*), gelte als weitestgehend unstrittig (S. 127; vgl. im Übrigen S. 232 ff.). Allerdings wirft Verf. die Sach- und die Personalverantwortung im Folgenden dann in einen Topf (S. 233), was ich so nicht teile.¹ Korrekturen einer solch weiten Geschäftsherrenhaftung könnten über das Vorsatzerfordernis erfolgen, wonach eine Einstandspflicht nur für solche Taten bestehe, die ein Vorgesetzter auch wirklich vorsätzlich geschehen lässt

1 Eidam, Der Organisationsgedanke im Strafrecht, 2015, S. 198 ff.

(S. 235). Weil es Rechtsprechung und Lehre aber bislang nicht gelungen sei, die Voraussetzungen des persönlichen Anwendungsbereichs der Geschäftsherrenhaftung auszubuchstabieren (S. 235 f.; vgl. auch S. 241), blieben Unsicherheiten und damit einhergehende verfassungsrechtliche Probleme an der Tagesordnung. Auch über die Unterlassensdogmatik könne deshalb kein ungehinderter Transfer von Vorgesetztenverantwortlichkeit ins Unternehmen stattfinden (S. 237). Dies sei leider nur partiell und nicht in ausreichendem Maße über § 13 StGB möglich, was Verf. zur Schlussfolgerung leitet, es sei eine Lösung *de lege ferenda* nötig (S. 241 f.).

Teil 1 schließt nach alledem mit einem ergänzenden Blick auf im positiven Recht vorhandene Spezialregelungen zur Vorgesetztenverantwortlichkeit für besondere (abgegrenzte) Bereiche (S. 243 ff.). Die in diesen Bereichen zum Ausdruck kommende Verantwortlichkeit „des Fürsten“ für die Verfehlung weisungsgebundener Personen – so lernt man bei Verf. – hat in gewissem Maße sogar der „Alte Fritz“ (Friedrich II von Preußen) vorgeprägt (S. 247). Allerdings hat Verf. das Ergebnis dieses Teils seiner Arbeit (wiederum) bereits angedeutet, wenn er – noch bevor er die erwähnten spezialgesetzlichen Regelungen betrachtet – unmissverständlich formuliert, dass eine systematische Vorgesetztenverantwortlichkeit in unserem von Gewaltkriminalität geprägten Strafrecht nicht existiert (S. 242). Gleichwohl erhofft sich Verf., hier noch Anhaltspunkte für offene Fragen und Strukturen einer möglichen Regelung *de lege ferenda* ausfindig machen zu können (S. 243). So erfolgt in großer Ausführlichkeit eine Erörterung der Rechtslage im Wehr- und Militärstrafrecht (S. 247 ff.), die zugleich die weitreichendste Form einer Vorgesetztenverantwortlichkeit im deutschen Strafrecht verkörpert. Verf. beschreibt diese spezifische Form von Vorgesetztenverantwortlichkeit als – im Vergleich zu anderen Rechtsgebieten – sehr umfassend (S. 299), was einen normativen Grund in den Hierarchien von Befehl und Gehorsam finde (S. 300; vgl. auch S. 304). Dem folgen breite Ausführungen zur Vorgesetztenverantwortlichkeit bei Amtsträgern gem. § 357 StGB, wo etwas weniger strenge Hierarchien herrschen (S. 305 ff.). Allerdings bewertet Verf. den Erkenntnisgewinn für sein übergeordnetes Thema hier als eher gering, obgleich der Vorschrift des § 357 StGB durchaus „Modellcharakter“ zukommen könne (S. 411). Schließlich rücken dann auch noch das Pressestrafrecht (S. 414 ff.) und § 130 OWiG (S. 429 ff.) in den Fokus von Verf. Letztere Vorschrift folge indes grundlegend anderen Strukturen als die Regelungen des Wehrstrafrechts und § 357 StGB (S. 451). Eine Übernahme des Regelungskonzepts von § 130 OWiG sei aufgrund von strafrechtsdogmatischen und verfassungsrechtlichen Bedenken mit besonderer Vorsicht zu handhaben (S. 458).

Im Fazit zum ersten Teil seiner Untersuchung spricht Verf. dann auch noch einmal unmissverständlich aus, dass im allgemeinen Strafrecht weder gesetzliche Vorschriften noch allgemeine Regeln zur Verantwortlichkeit von Vorgesetzten und

Aufsichts- und Kontrollpersonen oder sonstigen Entscheidungsträgern bestünden (S. 451). Vorhandene Instrumente und Rechtsinstitute seien durch komplizierte und verfassungsrechtlich unzureichend bestimmte Zurechnungselemente gekennzeichnet und begründen im Ergebnis nur eine äußerst lückenhafte Vorgesetztenverantwortlichkeit (ein „mosaikhaftes Bild“), was de lege lata eine Vielzahl von Sanktionsdefiziten hinterlasse (S. 452). Ein punktuell anderes Bild böten alleine die untersuchten Spezialbereiche, die sich aber ihrerseits in Strukturen und Reichweiten stark unterscheiden (S. 453).

2. Teil 2 will untersuchen, welche strafrechtlichen Strukturen zur Erfassung der Entscheidungs- und Aufsichtsverantwortung im internationalen Kontext bereits bestehen bzw. dort entwickelt wurden (vgl. bereits S. 52). Hierzu richtet Verf. seinen Blick ins Europäische, vor allem aber ins Völkerstrafrecht (S. 459).

Verf. betont die Grundannahme, wonach in einem zunehmend europäisch geprägten Wirtschaftsstrafrecht keineswegs der Blick auf die europäischen Entwicklungen fehlen dürfe (S. 460). Er richtet deshalb seinen Fokus auf das Corpus Juris zum Schutz der Finanzinteressen der EU, wo in Art. 12 eine Regelung zur Vorgesetztenverantwortlichkeit vorhanden ist (S. 461). Hier wird – etwas vergrößernd gesagt – strafrechtliche Verantwortlichkeit für Straftaten, die innerhalb eines Unternehmens von Personen mit Aufsichts- und Kontrollbefugnissen (vorsätzlich) geduldet werden, festgeschrieben (S. 462). Die genauere Betrachtung dieser Regelung führt Verf. zu der Erkenntnis, dass hier die Elemente enthalten sind, die auch schon im deutschen Strafrecht lokalisiert wurden (S. 472). Allerdings sprächen die eher niedrigen Voraussetzungen des Unionsrechts gegen eine „Transferfähigkeit“ ins deutsche Recht (S. 472).

Sodann wendet sich Verf. dem Völkerstrafrecht zu und öffnet an dieser Stelle die Tür zu der Materie, die man eigentlich und im engeren Sinne hinter der Begrifflichkeit der Vorgesetztenverantwortlichkeit vermutet: Der völkerstrafrechtlich etablierten Figur einer „superior-“ oder auch „command responsibility“ innerhalb von militärischen oder auch paramilitärischen Organisationen. Verf. hat bereits angekündigt, dass mit dieser Materie eine deutlich intensivere Auseinandersetzung angezeigt ist (so bereits S. 53), was keineswegs untertrieben ist, wenn man beim Blick ins Inhaltsverzeichnis feststellt, dass die entsprechenden Passagen der Arbeit gut und gerne 260 Druckseiten umfassen. Verf. beginnt also mit der „superior responsibility im internationalen Völkerstrafrecht“ (S. 473 ff.), deren Aufarbeitung einige Mühen abverlangt. So bewegt sich die Bestandsaufnahme von einigen grundsätzlichen Erwägungen zur Rechtfertigung der Figur (S. 477 ff.), über deren historische Entwicklung (S. 483 ff.) bis hin zum derzeitigen status quo im geschriebenen Völkerrecht und in der Judikatur internationaler Strafgerichtshöfe (S. 535 ff.). Die Passagen stellen mit großer Detailverliebtheit die Strukturen der

Vorgesetztenverantwortlichkeit im internationalen Völkerstrafrecht heraus (zusammengefasst auf S. 625 ff.), die nach Ansicht von Verf. nicht so recht ins bzw. zum deutschen Strafrecht passen, weil hier vordergründig absolute Strafzwecke im Vordergrund stünden (S. 642 f.). In der Bilanz moniert Verf. schließlich, dass es bislang kaum Anstrengungen zur Formulierung einer materiellen Rechtfertigung der Vorgesetztenverantwortlichkeit gegeben habe. In der Praxis begnüge man sich schlichtweg mit der Feststellung einer solchen (S. 643). Jedoch sei eine materielle Begründung im Sinne einer Haftung für naturalistisch-kausal verursachte Schäden auch kaum Erfolg versprechend (S. 643). Denkbar sei bestenfalls, die (völkerstrafrechtliche) superior responsibility als normative Verantwortlichkeit für Rechtsverletzungen aufgrund sphärenbezogener Kontrolle einzuordnen (S. 644). Dieser (auf völkerrechtlicher Betrachtung beruhende) Ansatz könne jedoch kaum in das Gefüge der deutschen Strafrechtsdogmatik eingepasst werden (S. 644).

Schließlich gelangt Verf. zum positivrechtlich normierten Konzept der superior responsibility im deutschen Völkerstrafgesetzbuch (VStGB), was sich an diesem Punkt der Untersuchung geradezu aufdrängt (S. 644 ff.). Hierzu richtet Verf. den Blick auf die drei einschlägigen Einzelvorschriften, die §§ 4, 13 und 14 VStGB (S. 645 und passim). Hier habe der Gesetzgeber „gute Arbeit geleistet“ (vgl. S. 733). Das dreigliedrige Konzept des VStGB werde insbesondere den das deutsche Strafrecht prägenden Verfassungsprinzipien gerecht (S. 734). Bei so viel Lob bekommt man schon ein gewisses Gefühl dafür, dass die besagten Regelungen des VStGB sicherlich und zu einem späteren Zeitpunkt für Verf. noch eine Rolle spielen werden.

Verf. stellt sich im Anschluss an all das nunmehr die Frage, inwieweit das von ihm bislang abgebildete Sammelsurium an Regelungen überhaupt geeignet sein kann, eine umfassende Vorgesetztenverantwortlichkeit abzubilden und ob sich hieraus Vorgaben für eine Vorgesetztenverantwortlichkeit im Allgemeinen ableiten lassen (S. 735). Strukturell bin ich nicht sicher, ob dieser Punkt wirklich im Anschluss an und auf der gleichen Gliederungsebene wie die Blicke ins europäische Recht und ins Völkerrecht passend aufgehoben ist, weil man hier doch zwingend auch an das Material des ersten Teils der Arbeit denken sollte. Der Verständlichkeit des Anliegens von Verf. und dem Lesefluss der Arbeit tut dies freilich keinen Abbruch. Hier führe der Blick ins deutsche Strafrecht eher zu Ernüchterungen. Vieles bleibe unklar und umstritten. Alleine im Völkerstrafrecht könne von einer einheitlichen Vorgesetztenverantwortlichkeit im Sinne eines Regelungssystems gesprochen werden (S. 736). Die Vorgesetztenverantwortlichkeit des deutschen VStGB (§§ 4, 13, 14 VStGB) stelle eine durchweg gelungene Umsetzung und Ausprägung von Entscheidungsträgerverantwortlichkeit dar, was im Übrigen zeige, dass eine Vorgesetztenverantwortlichkeit auch unter der Maßgabe des deutschen Verfassungsrechts er-

fassbar sei (S. 771). Das in § 4 VStGB enthaltene maßgebliche Kriterium der *effective control* sei sogar auf andere Regelungsbereiche – freilich als (nur) notwendige, nicht aber hinreichende Bedingung – übertragbar (S. 772). Lücken verblieben aber gleichwohl, etwa bei fahrlässigen Verletzungen der Aufsichtspflicht, was im Völkerstrafrecht nicht thematisiert werde (S. 773).

3. Der 3. (und letzte) Teil der Arbeit versucht nun die Erkenntnisgewinne aus den Teilen 1 und 2 in einem eigenen Gesetzesvorschlag zur Etablierung einer Vorgesetztenverantwortlichkeit im Wirtschaftsstrafrecht zu vereinigen (S. 777 ff.). Dabei steht zunächst die sich aufdrängende Frage im Vordergrund, ob die zuvor für „tauglich“ befundenen Regelungsinstitute des Völkerstrafrechts überhaupt in andere Rechtsgebiete übertragbar sind, oder aber, ob das Völkerstrafrecht hier aufgrund seiner Unrechtsstruktur so speziell ist, dass eine Übertragung in andere Regelungsbereiche des Strafrechts ausscheiden muss.

Diese vergleichende Methodik setzt zunächst kriminologisch (S. 777 ff.) an und kommt zu dem Ergebnis, dass auch Wirtschaftsstraftaten so etwas wie eine Makrokriminalität² hervorbringen (S. 810). Kriminogene wie auch kriminovalente Faktoren seien identisch, auch wenn sie nicht in identischer Ausprägung zum Vorschein kommen (S. 810). Freilich gebe es Unterschiede zwischen den (rechtlichen) Möglichkeiten eines Abteilungsleiters in einem Großunternehmen und einem militärischen Befehlshaber. Diese seien jedoch als „eher gering“ zu veranschlagen (S. 811).

Dem kriminologischen Abschnitt schließt sich nun ein Abschnitt an, der völker- und wirtschaftsstrafrechtliche Konstellationen materiell-strafrechtlich miteinander vergleicht (S. 811 ff.). Auch hier diagnostiziert Verf. nach einer wirklich lesenswerten vergleichenden Darstellung die Übertragbarkeit der völkerstrafrechtlichen Begründungsansätze ins Wirtschaftsstrafrecht (S. 892). Verf. legt hier gewissen Wert auf das Kriterium der Systemrelevanz. Systemische Kriminalität diene zugleich als Voraussetzung und Beschränkung einer Vorgesetztenverantwortlichkeit (S. 893). Solch eine Form von Kriminalität schaffe regelmäßig spezifische Gefahren, die die Etablierung einer Vorgesetztenverantwortlichkeit legitimieren (S. 894). Handele es sich bei einer Tat dagegen nicht um Systemkriminalität, habe die Mangelhaftigkeit der Gefahrbeherrschung (aus dem Verband) keine über die Einzeltat hinausgehende Bedeutung (S. 894).

Mit alledem – so meint Verf. – seien ausreichend Legitimationsgründe für einen Transfer des Systems der §§ 4, 13, 14 VStGB ins Wirtschaftsstrafrecht dargetan (S. 894 f.). Nach der Erörterung gewisser (zumeist verfassungsrechtlicher) Grenzen

2 Der Begriff geht zurück auf die Arbeiten von *Herbert Jäger*. Vgl. nur *Jäger*, Makrokriminalität, Frankfurt a.M. 1989.

und einschlägiger Kritikpunkte (S. 894 ff.) wird Verf. noch einmal sehr konkret, wenn er formuliert: „Einem Transfer stehen grundsätzlich weder strafrechtsdogmatische noch verfassungsrechtliche Hindernisse entgegen.“ (S. 917). Und: Zur Verhinderung von irreparablen (System-) Schädigungen bedürfe es der Vorgesetztenverantwortlichkeit im Unternehmen (S. 919). Sie könne durch die Begrifflichkeit der systemischen Kriminalität und unter Heranziehung der diesbezüglichen Arbeiten *Tiedemanns* „verfassungsrechtlich rückgebunden“ werden (S. 920) und sollte sich an der dreigliedrigen Vorgesetztenverantwortlichkeit des VStGB orientieren (S. 920 f.).

Damit ist der Boden für einen eigenen gesetzlichen Regelungsvorschlag bereitet, den Verf. in Form eines § 25a StGB-E auch sogleich im abschließenden Teil der Arbeit unterbreitet (S. 921 ff.; Text der Vorschrift auf S. 925 f.). Die Arbeit endet schließlich mit umfassenden Erörterungen und Erläuterungen zu diesem Regelungsvorschlag (S. 926 ff.) und der Feststellung, wonach die angemessene Anordnung einer Vorgesetztenverantwortlichkeit nach dem vorgeschlagenen Konzept „eine Frage rationaler wissenschaftlicher Kriminalpolitik“ sei, die durch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und das Schuldprinzip begrenzt sei (S. 976).

III. Die Arbeit von *Bülte* hat – wenn man so will – einen entscheidenden „archimedischen“ Punkt, der so etwas wie das Rückgrat des vertretenen Konzeptes darstellt: Die Vergleichbarkeit von völkerstrafrechtlichen und wirtschaftsstrafrechtlichen Fallkonstellationen. Das kann und sollte man meines Erachtens durchaus so sehen wie Verf., auch wenn ich die Argumentation nicht bis in alle Verästelungen hinein teile. Ein Beispiel: Ich glaube nicht, dass sich die Vergleichbarkeit beider Materien u.a. auch aus der Rechtsprechung des BGH zur Organisationsherrschaft herleiten lässt (S. 810 f.), wo dieses Konzept ja bekanntlich sowohl auf völkerstrafrechtliche wie auch auf wirtschaftsstrafrechtliche Konstellationen angewendet wird. An dieser Konzeption der Rechtsprechung wackelt einfach zu viel, und sie wird alles andere als schlüssig begründet. Deshalb wird die Überführung der Figur ins Wirtschaftsstrafrecht auch zurecht von der weit überwiegenden Zahl des Schrifttums wegen seiner bedenklichen Weite kritisiert. Aber im Detail kommt es hierauf nicht an. Ich bin mit Verf. darin einig, es mit einem Ausspruch von *Marxen* zu halten, den dieser bereits im Jahr 1998 artikulierte: „Die Straftatlehre möge sich dem Völkerstrafrecht zuwenden.“³ Dass dieses Unterfangen insbesondere im Wirtschaftsstrafrecht von Nutzen sein kann, hat Verf. eindrücklich gezeigt. Dabei geht Verf. einen aus meiner Sicht sehr klugen Weg. Er wendet sich nicht der Ebene zu, die losgelöst vom nationalstaatlichen Recht ein Völkerstrafrecht formt. Hier kann man sich nämlich auch namhafte Probleme einkaufen, wie etwa ein Blick auf die

3 *Marxen*, in: Lüderssen (Hrsg.), Aufgeklärte Kriminalpolitik oder Kampf gegen das Böse?, Band III, S. 236.

nicht unproblematische Figur der Joint Criminal Enterprise zeigt. Nein, Verf. bedient sich an genau der Stelle einer völkerstrafrechtlichen Idee, an der eine Einpassung ins deutsch-nationale Strafrecht mit viel Augenmaß dergestalt vorgenommen wurde, dass wenige bis gar keine Reibungspunkte zu nationalen Rechtsprinzipien entstehen. Das ist genau der Punkt, an dem man zugreifen muss, und das hat Verf. auch getan. In der Rechtspraxis halte ich es durchaus für möglich, dass die doch immer strenger werdende obergerichtliche Rechtsprechung zum Wirtschaftsstrafrecht die gleichen Ergebnisse, die Verf. mit seinem § 25a StGB-E erreichen will, insbesondere über das Institut der Geschäftsherrenhaftung erzielen kann. Denn die Geschäftsherrenhaftung ist noch formbar, insbesondere mit dem immer noch eher nebulösen Kriterium der Betriebsbezogenheit. An dieser Stelle offenbart sich dann aber auch sogleich der Vorteil des von Verf. unterbreiteten Vorschlags. Er steht für mehr Rechtssicherheit, mehr Bestimmtheit und ist dabei weitaus besser in unser verfassungsrechtliches Gefüge einzupassen, als die wachweichen Zurechnungskonzepte, die derzeit durch die Rechtspraxis geistern. Deshalb bleibt hier nur das Fazit, dass Verf. ein beachtliches Konzept entwickelt, an dem die Rechtspolitik nicht einfach so vorübergehen sollte.